

Kraftwerks-Pläne liegen ab 7. Oktober zum zweiten Mal aus*Von Thomas Staudt*

Pro- und Contra Heizkraftwerk Leppersdorf im Gemeinderat Wachau.

Das Thema war heiß, die Reaktionen blieben überraschend kühl: Gestern beschloss der Wachauer Gemeinderat auf seiner Sitzung im Schloss Seifersdorf die 2. Auslegung der Baupläne im Beteiligungsverfahren zum Ersatzbrennstoffheizkraftwerk Leppersdorf – selbstverständlich nicht einstimmig. Das Thema wird nicht nur in Leppersdorf selbst kontrovers diskutiert. Entgegen den Erwartungen von Gemeinderat und Verwaltung blieben die Gegner überraschend ruhig, aufgeregtes Gemurmel, plötzlich aufbrausender Applaus und Zwischenrufe eingeschlossen.

Dem Beschluss ging der Schlagabtausch der Pro- und Contra-Parteiungen voraus, wobei beide Seiten bemerkenswert hölzern wirkten: Andreas Känner (CDU) las sein Statement – „transparentes Planungsverfahren mit maximaler Bürgerbeteiligung“ – sogar ab. Lothar Israel (Offene Bürgerliste) vermisste bei den vorgelegten Unterlagen ein human-toxikologisches Gutachten, das nachweise, dass die in den Planungen vorgesehene Technik die Werte für Stickoxide nach der neuesten Bundesemissionsschutzverordnung nicht einhalten könne. Er mahnte den Einsatz eines entsprechenden Katalysators an. Martin Gump, der das Heizkraftwerk-Projekt bei Müllermilch betreut, bezeichnete den Katalysator als stark feuergefährlich. Die Alternative sei ein Nasswäscher. Der entspreche zwar dem Stand der Technik, reduziere aber den Stickoxidausstoß nicht, konterte Israel.

Weitere Infos am 15. Oktober

Am lebendigsten in der Diskussion wirkte Bürgermeister Veit Künzelmann (CDU), der sichtlich um Vermittlung bemüht war. Er versicherte, dass die gemachten Einwendungen vom Gutachter der Gemeinde ebenso geprüft werden würden wie die neuesten Erkenntnis des Umweltnetzwerks Hamburg. Künzelmann kündigte eine Informationsveranstaltung für den 15. Oktober in der Leppersdorfer Turnhalle mit den Planern, dem Landratsamt und den Gutachtern an. „Wir hatten zunächst überlegt, ob wir eine Einwohnerversammlung einberufen sollen“, erklärte Künzelmann, „doch wollten wir auch den Bürgern der angrenzenden Gemeinden die Möglichkeit geben, sich zu Wort zu melden.“ Er verhehlte gleichzeitig nicht, dass er der Meinung sei, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte mit der vorgesehenen Anlage eingehalten werden.

Bevor es zur Abstimmung kam, äußerte Lothar Israel seine Bedenken, dass die Unterlagen, die jetzt ausgelegt werden, nicht dem Durchführungsvertrag zugrunde gelegt würden. Sein Einwand nutzte nichts. Die Versammlung beschloss die Auslegung mit Stimmenmehrheit. Die Unterlagen können nun vom 6. Oktober bis 6. November eingesehen werden. Die Heizkraftwerksgegner kommentierten die Abstimmung mit Sätzen wie „Den eigenen Bürgern in den Rücken fallen“.